

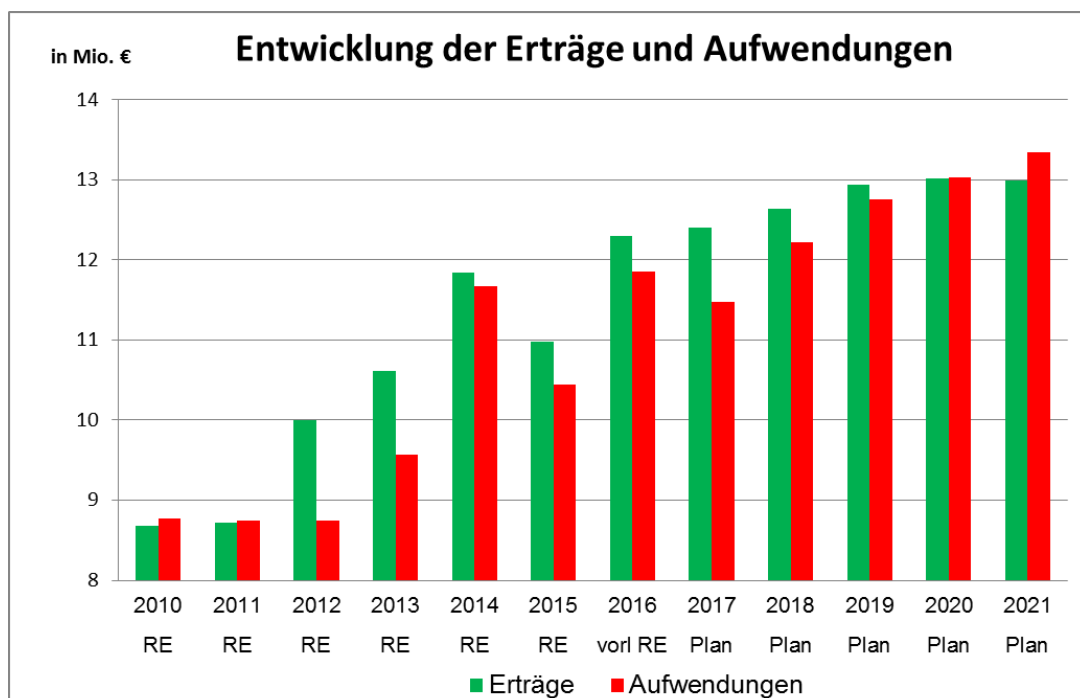
Haushaltsrede zum Haushaltsplan 2018

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

mit einem Volumen von 12,6 Mio. € bei den Erträgen und 12,2 Mio. € bei den Aufwendungen wird auch im vorliegenden Haushaltsplanentwurf 2018 ein in dieser Höhe bisher noch nicht erreichtes Volumen eingeplant. Das Planwerk ist dabei im Wesentlichen geprägt von:

1. Einem weiterhin außergewöhnlich hohem Steuerertragsaufkommen
2. Einem dynamischen Anstieg der Aufwendungen in den kommenden Jahren und
3. Einem hohen Investitionsvolumen welches vermehrt über Fremdkapital zu finanzieren ist.

Wie bereits in den Vorjahren ist das Ertragsaufkommen und insbesondere die darin beinhalteten Steuererträge von 7,4 Mio. € so hoch wie noch nie. Die Prognose bis 2021 sieht sogar ein Anstieg der Steuererträge auf bis zu 8 Mio. € vor. Die Gemeinde profitiert weiterhin von einer guten gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland und kann im siebten Jahr in Folge einen Haushalt mit einem positiven ordentlichen Ergebnis ausweisen. Wie das folgende Schaubild verdeutlicht, wird es für die Gemeinde trotz der außerordentlich guten Ertragslage aber zunehmend schwerer, einen ausgeglichenen Haushalt zu bewerkstelligen, da auch die Aufwendungen noch in viel stärkerem Maße als die Erträge ansteigen.



So steigen die Gesamtaufwendungen von 11,5 Mio. € im Jahr 2017 auf bis zu knapp 13,3 Mio. € im Jahr 2021 an. Dies ist ein Anstieg von 16,5 % im Finanzplanungszeitraum. Im Jahr 2013 betragen die Gesamtaufwendungen noch 9,6 Mio. €, bei Einführung der Doppik in 2010 gar nur 8,8 Mio. €. Trotz der positiven Entwicklung der Steuereinnahmen und der damit einhergehenden stetigen Ertragssteigerungen, können in den Jahren 2020 und 2021 keine positiven ordentlichen Ergebnisse mehr erzielt werden.

Die Planzahlen im vorliegenden Entwurf orientieren sich an den Prognosen der Mai-Steuerschätzung 2017 des Arbeitskreises „Steuerschätzung“.

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

In seinen Steuerschätzungen 2017 geht der Arbeitskreis „Steuerschätzung“ von einer weiterhin robusten Entwicklung der Gesamtwirtschaft aus. Bund, Länder und Gemeinden können weiterhin mit wachsenden Steuereinnahmen rechnen. Dabei gilt die positive Entwicklung der Steuereinnahmen nicht nur für die Bundesebene, sondern auch für Baden-Württemberg. Noch deutlicher als für das Land fällt das Einnahmeplus für die Kommunen in Baden-Württemberg aus.

Die Tendenzen auf Bundesebene spiegeln sich auch im vorliegenden Haushaltsplanentwurf der Gemeinde Iffezheim wieder.

Ergebnishaushalt:

Der Gesamtergebnishaushalt enthält alle ergebniswirksamen Vorgänge der laufenden Verwaltungstätigkeit in Form von Erträgen und Aufwendungen. Neben allen zahlungswirksamen Ein- und Auszahlungen enthält er auch die nicht zahlungswirksamen Geschäftsvorfälle wie Abschreibungen, Rückstellungen und Auflösungen von Ertragszuschüssen. Er weist somit das Gesamtressourcenaufkommen und den Gesamtressourcenverbrauch aus.

Die weiterhin anhaltend gute gesamtwirtschaftliche Entwicklung schlägt sich im Jahr 2018 insbesondere in Ertragssteigerungen beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer nieder. Mit 3,24 Mio. € liegt er um 309 T€ über dem Vorjahresansatz. € Auch der Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer i.H.v. 385 T€ und die Leistungen nach dem Familienleistungsausgleich i.H.v. 248 T€ fallen um 11 T€ bzw. 13 T€ höher aus als im Vorjahr. Diese drei Positionen bilden die Partizipation der Gemeinde an den allgemeinen öffentlichen Steuereinnahmen von Bund und Länder ab, welche der Gemeinde im Rahmen des Allgemeinen Finanzausgleichs (FAG) zugewiesen werden. Sie sind von der Gemeinde nicht unmittelbar zu beeinflussen und hängen im Wesentlichen von der konjunkturellen Entwicklung der

deutschen Gesamtwirtschaft und deren Auswirkungen auf die öffentlichen Gesamteinnahmen ab.

Die Erträge aus der Gewerbesteuer werden mit 50 T€ höher als im Vorjahr angesetzt und betragen 2,85 Mio. €. Mit der in 2014 erfolgten Einführung der Vergnügungssteuer kann die Gemeinde für das Jahr 2018 wie bereits im Vorjahr zusätzliche Erträge i.H.v. 40 T€ einplanen. Auch die Grundsteuererträge für bebaute Grundstücke (Grundsteuer B) steigen durch die Bebauung im Neubaugebiet „Nördlich der Hauptstraße“ weiter an. Hier kann ein um 10 T€ höherer Ansatz von 640 T€ eingeplant werden. Mit einem Anteil von knapp 59 % am Gesamtvolumen des Ertragshaushalts bilden die Erträge aus Steuern und ähnlichen Abgaben damit die Hauptertragsquelle der Gemeinde.

Weitere Ertragssteigerungen bei den Zuweisungen des Landes für die Kinderbetreuung (+38 T€) und für die neu gewährte Integrationspauschale (+90 T€), sowie bei den Erträgen aus der Auflösung von Sonderposten und Rückstellungen (+60 T€), tragen ebenfalls zu der positiven Entwicklung der Ertragsseite bei.

Neben diesen Mehrerträgen ist bei den Schlüsselzuweisungen ein Rückgang zu verzeichnen. Wurde im vergangenen Jahr noch von einer Steigerung der Schlüsselzuweisungen auf 1,2 Mio. € ausgegangen, so betragen sie in diesem Jahr voraussichtlich etwas mehr als 1 Mio. € und liegen damit um 124 T€ unter dem Vorjahresansatz. Der Grund hierfür liegt in der Zweijahressystematik des kommunalen Finanzausgleichs (FAG). So wirken sich die guten Jahre 2015 und 2016 - und die damit verbundenen hohen Steuerkraftsummen - im Jahr 2017 und auch 2018 negativ aus.

Auch bei den Abwassergebühren sind aufgrund der aktuellen Gebührenkalkulation zum 01.01.2018 Ertragseinbußen i.H.v. 200 T€ im Schmutzwasserbereich zu erwarten. Hier ist eine Gebührensenkung von 0,73 €/m³ vorgesehen. Diese Ertragseinbußen können jedoch durch eine gleichzeitige Erhöhung der Niederschlagswassergebühr um 0,19 €/m² und einer damit verbundenen Ertragssteigerung im Niederschlagswasserbereich von 102 T€, teilweise aufgefangen werden. Ein Rückgang ist ebenfalls bei den Erträgen aus der Kiespacht (-40 T€) und bei Auflösungsbeträgen aus Rückstellungen (-144 T€) zu verzeichnen.

Insgesamt ist auf der Ertragsseite ein Plus i.H.v. 234 T€ gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen. Die ordentlichen Erträge befinden sich damit 2018 mit 12,6 Mio. € auf einem neuen Höchststand.

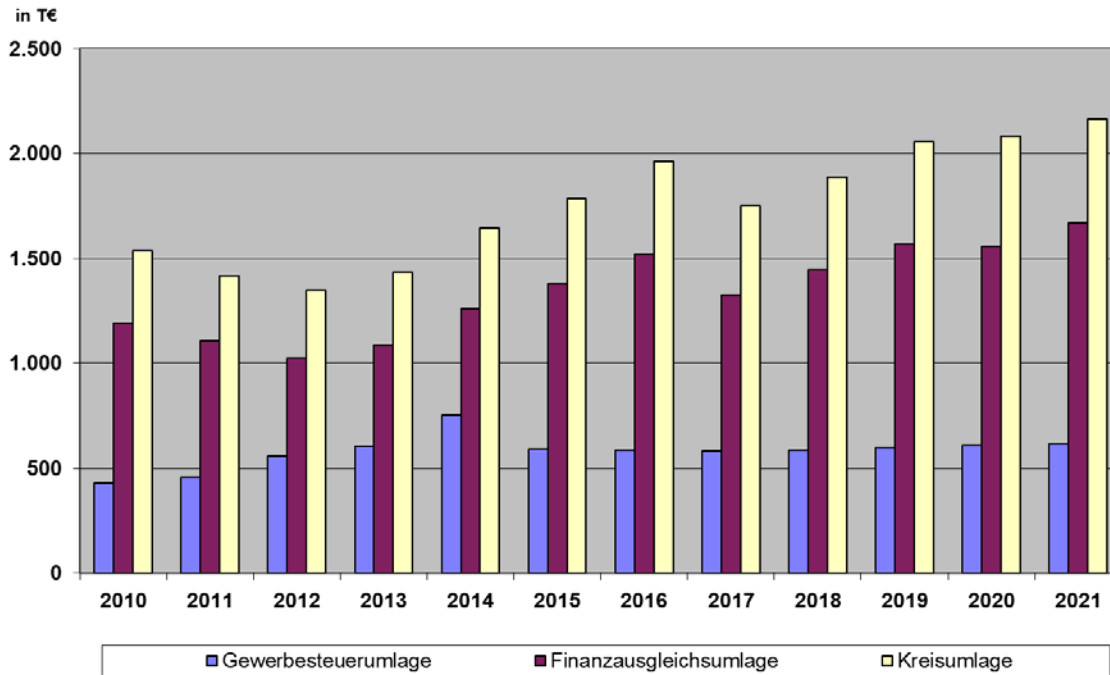
Wesentliche Veränderungen Erträge:

Konto	Bezeichnung	Planansatz 2017	Planansatz 2018	Mehr/ Weniger
<u>1. Steuern und ähnl. Abgaben</u>				
30120000	Grundsteuer B	630.000 €	640.000 €	10.000 €
30130000	Gewerbsteuer	2.800.000 €	2.850.000 €	50.000 €
30210000	Gemeindeanteil Einkommensteuer	2.926.900 €	3.235.400 €	308.500 €
30220000	Gemeindeanteil Umsatzsteuer	373.500 €	384.800 €	11.300 €
30510000	Leist. nach dem Familienleistungsausgl.	234.900 €	247.500 €	12.600 €
<u>2. Zuweis. U. Zuwend., Umlagen, aufgel. Investitionszuw.</u>				
31110000	Schlüsselzuweisungen vom Land	1.151.700 €	1.027.800 €	- 123.900 €
31410000	Zuweis. Lfd. Zwecke Land	1.180.375 €	1.314.175 €	133.800 €
31610000-	Aufl. SoPo aus Zuweisungen Land	124.075 €	191.048 €	66.973 €
31614000	und Kommunen			
<u>4. Öffentlich-rechtliche Entgelte</u>				
33223000	Abwasser Schmutzwassergebühr	890.000 €	690.000 €	- 200.000 €
33231000	Niederschlagswassergebühr	71.000 €	173.000 €	102.000 €
<u>5. Privatrechtliche Leistungsentgelte</u>				
34110000	Mieten und Pachten	524.050 €	483.750 €	- 40.300 €
<u>9. Sonstige ordentliche Erträge</u>				
35820000	Erträge aus Aufl. v. Rückstellungen	151.400 €	6.800 €	- 144.600 €

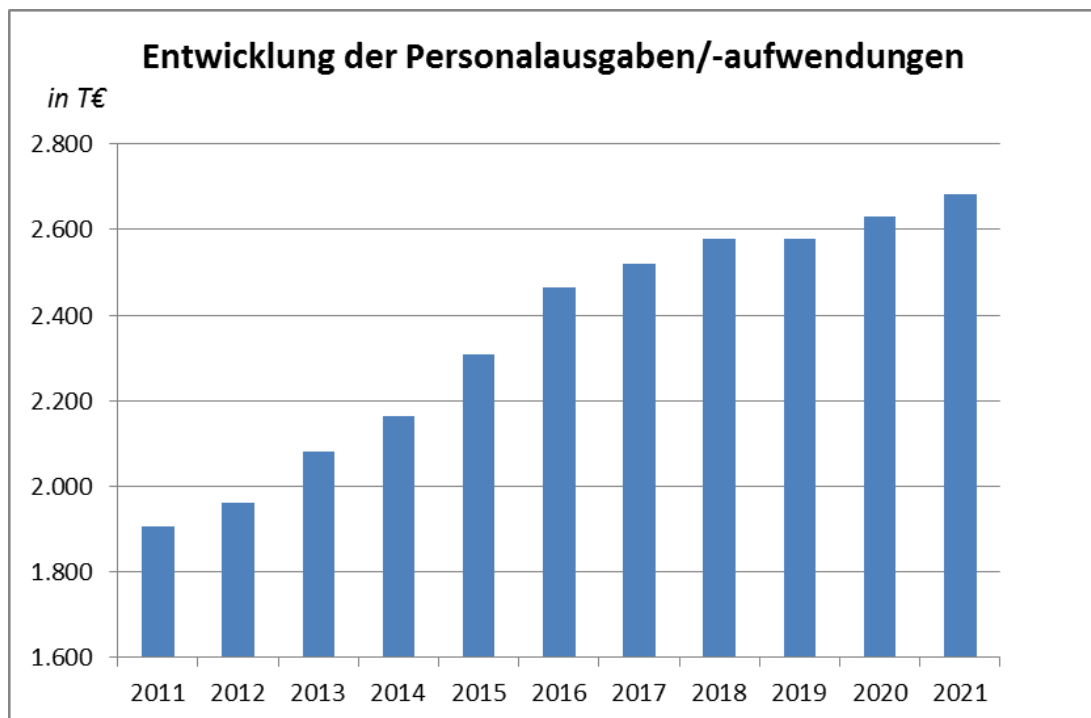
Wie Eingangs bereits erwähnt geht auch auf der Aufwandsseite der Trend von stetig steigenden finanziellen Belastungen der Kommune weiter. Insbesondere durch den Ausbau des Kinderbetreuungsangebotes, durch steigende Unterhaltungs- und Grünpflegekosten, sowie durch die Aufwendungen zur Unterbringung und Integration von Flüchtlingen. Ebenso wird auch durch die enorme Investitionstätigkeit in die gemeindliche Infrastruktur, sowohl in den vergangenen als auch in den künftigen Jahren, die Gemeindekasse mit Folgekosten wie Abschreibungen, Unterhaltungs- und Betriebsaufwendungen sowie Finanzierungskosten durch erforderliche Kreditaufnahmen zusätzlich belastet.

Hierbei bilden die sogenannten Transferaufwendungen mit 48,35 % den größten Aufwandsposten der Gemeinde. Die von der Gemeinde im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs (FAG) zu leistende Umlage an das Land (FAG-Umlage) beträgt in 2018 ca. 1,45 Mio. € und ist damit um ca. 121 T€ höher als im Vorjahr. Auch die an den Landkreis zu leistende Kreisumlage fällt mit 1,89 Mio. € um 136 T€ ebenfalls deutlich höher aus als im Vorjahr.

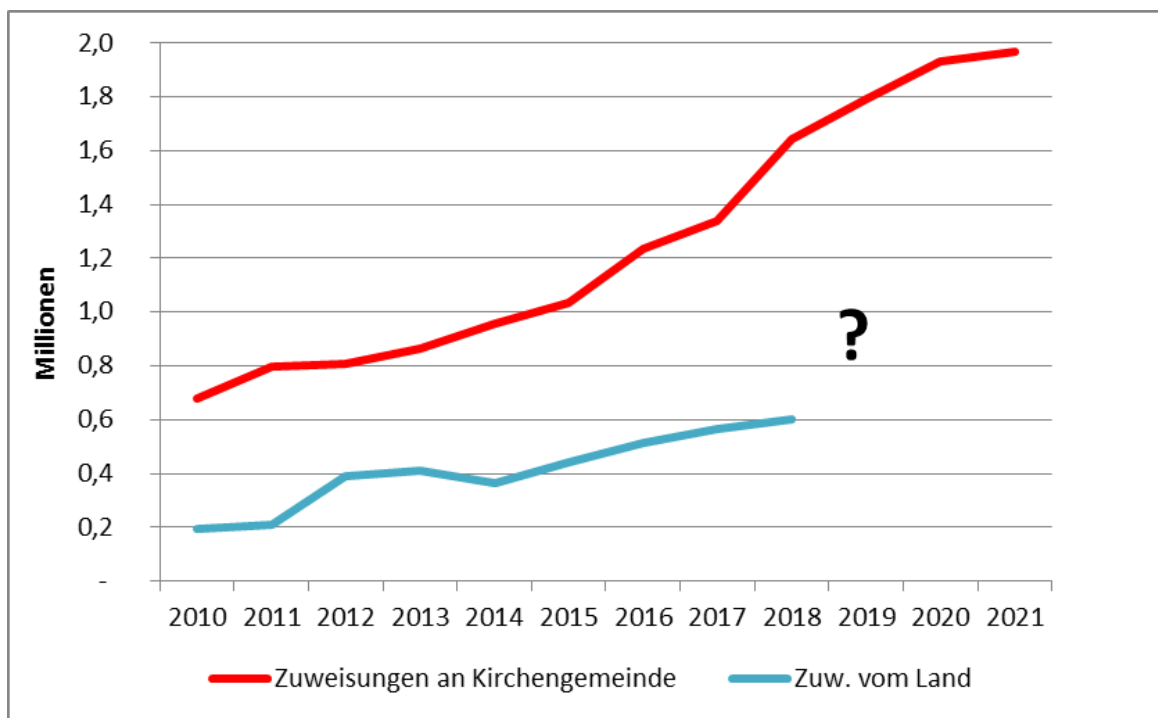
Abgehende Umlagen



Mit fast 2,6 Mio. € bilden die Personalaufwendungen die zweitgrößte Aufwandsposition der Gemeinde (21,11 %). Gegenüber dem Vorjahr ergibt sich eine weitere Steigerung von über 57 T€. Die Tarifierhöhungen wurden pauschal für die Beschäftigten mit 2,5 % und für die Beamten mit 2,68 % berechnet. Die Personalaufwendungen werden in den kommenden Jahren bis auf 2,7 Mio. € im Jahr 2021 ansteigen wie das folgende Schaubild zeigt.

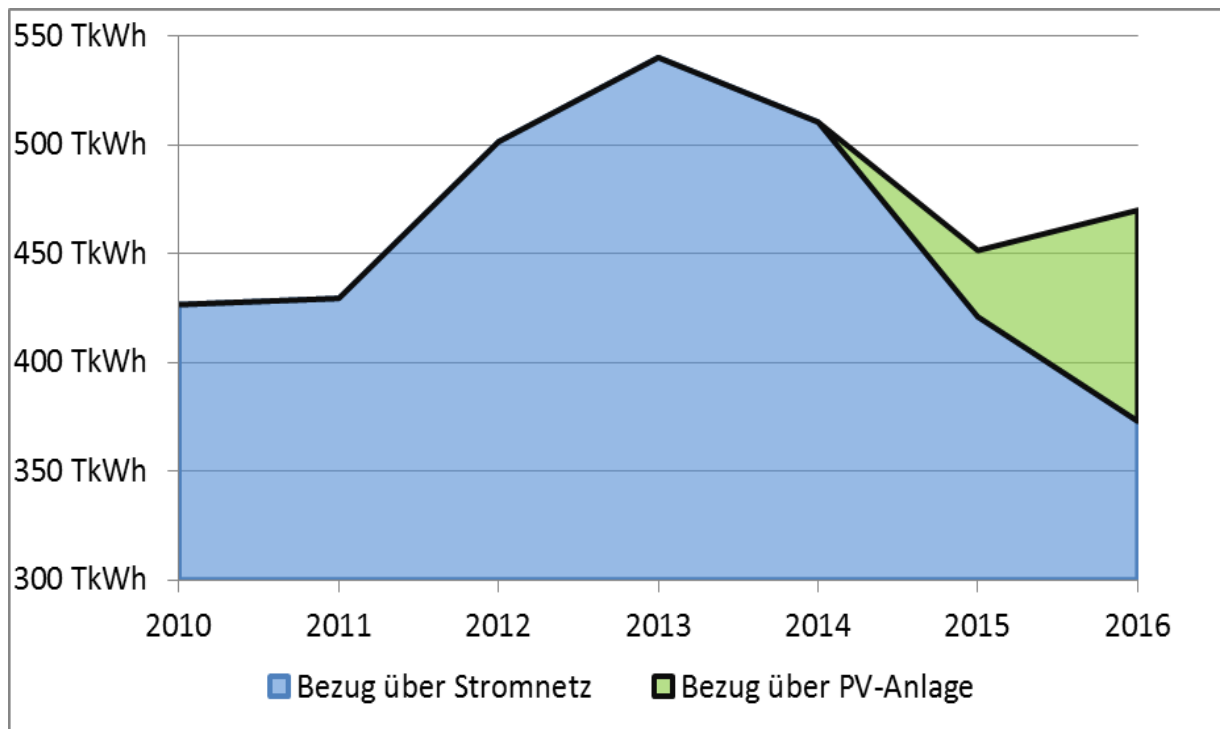


An den Personal- und Betriebskosten der in kirchlicher Trägerschaft befindlichen Kindergärten beteiligt sich die Gemeinde mit 87 %. Die Zuschüsse erhöhen sich in 2018 um 293 T€ auf 1,6 Mio. €. Neben den tariflich bedingten Personalkostensteigerungen wurden hier die Einrichtung einer zusätzlichen Gruppe im Kindergarten St. Christophorus, sowie eine in 2018 noch einzurichtende Gruppe als Übergangslösung berücksichtigt. In den Folgejahren werden die Zuweisungen aufgrund des Kindergartenneubaus (Weierweg) und den damit verbundenen Personalaufstockungen nochmals anwachsen und den Ergebnishaushalt dauerhaft in erheblichem Umfang belasten. An der Kindergartenförderung beteiligt sich der Bund seit 2014 mit 68 % an den Betriebsausgaben der Kleinkindbetreuung. Bei dieser Position zeigt sich das Auseinanderdriften von Erträgen und Aufwendungen ganz besonders. Trotz den stetig steigenden Ausgaben für die Kinderbetreuung, ist eine Anpassung der Zuweisungsbeträge derzeit nicht in Sicht. Verdeutlicht wird dies an folgendem Schaubild.



Auch bei Energieaufwendungen ist ein deutlicher Anstieg von 33 T€ zu verzeichnen. Sie werden 2018 mit 304 T€ veranschlagt. Eine Erhöhung ist insbesondere aufgrund der gestiegenen Unterbringungszahlen von Flüchtlingen und der bevorstehenden Inbetriebnahme der insgesamt neun neuen Wohnungen in der Bachstraße 1 notwendig. Bei der Kläranlage können erfreulicherweise wie bereits in den Vorjahren weitere Energiekosteneinsparungen von 10 T€ eingeplant werden. Hier zeigen sich nun die positiven Effekte der aufwendigen Sanierung, sowie der Eigenstromverbrauch der Photovoltaikanlage. Dies wirkt sich direkt auf den Abwassergebührensatz und damit positiv auf die Gebühren-

schuldner aus. In folgendem Schaubild ist die Energieeinsparung bei der Kläranlage in den vergangenen Jahren ersichtlich.



Auch die Abschreibungen müssen um 129 T€ auf 1,6 Mio. € erhöht werden. Des Weiteren ist im Haushaltsplan 2018 die Verlustabdeckung an den Eigenbetrieb mit 300 T€ veranschlagt.

Veränderungen Aufwendungen:

Konto	Bezeichnung	Planansatz 2017	Planansatz 2018	Mehr/Weniger
<u>11.</u>	<u>Personalaufwendungen</u>	2.521.270,00	2.578.926,00	57.656,00
<u>13.</u>	<u>Aufwendungen für Sach-u. Dienstleist.</u>			
	42110000 Unterh. Grundst. und bauli. Anlage	295.500,00	213.100,00	-82.400,00
	42122500 Unterhaltung sonstiges	170.300,00	98.800,00	-71.500,00
	42410000 Aufwendungen Energie	270.800,00	304.100,00	33.300,00
	42910000 Aufwendungen f.so. Sach-u. Dienst	198.900,00	249.700,00	50.800,00
<u>14.</u>	<u>Planmäßige Abschreibungen</u>	1.457.962,00	1.587.314,00	129.352,00
<u>16.</u>	<u>Transferaufwendungen</u>			
	43151000 Verlustabdeckung des Eigenbetrieb	262.000,00	300.000,00	38.000,00
	43180000 Zuschüsse an übrige Bereiche	1.452.400,00	1.644.200,00	191.800,00
	43410000 Gewerbesteuerumlage	581.200,00	587.300,00	6.100,00
	43710000 FAG-Umlage	1.325.200,00	1.446.500,00	121.300,00
	43720000 Kreisumlage	1.749.600,00	1.885.700,00	136.100,00

Gegenüber dem Vorjahr erhöhen sich die Aufwendungen um insgesamt 736 T€. Mit 12,2 Mio. € sind sie damit, wie die Erträge, ebenfalls so hoch wie noch nie.

Per Saldo kann im Ergebnishaushalt ein positives ordentliches Ergebnis von 421 T€ ausgewiesen werden.

Darüber hinaus kann die Gemeinde in 2018 außerordentliche Erträge i.H.v. 705 T€ aus weiteren Grundstücksverkäufen im Neubaugebiet „Nördlich der Hauptstraße“ einplanen. Grundstücksverkaufserlöse können jedoch nur noch bis Ende 2019 generiert werden.

Nach Hinzurechnung der außerordentlichen Erträge beträgt das Gesamtergebnis + 1,1 Mio. €

Finanzhaushalt - Investitionen:

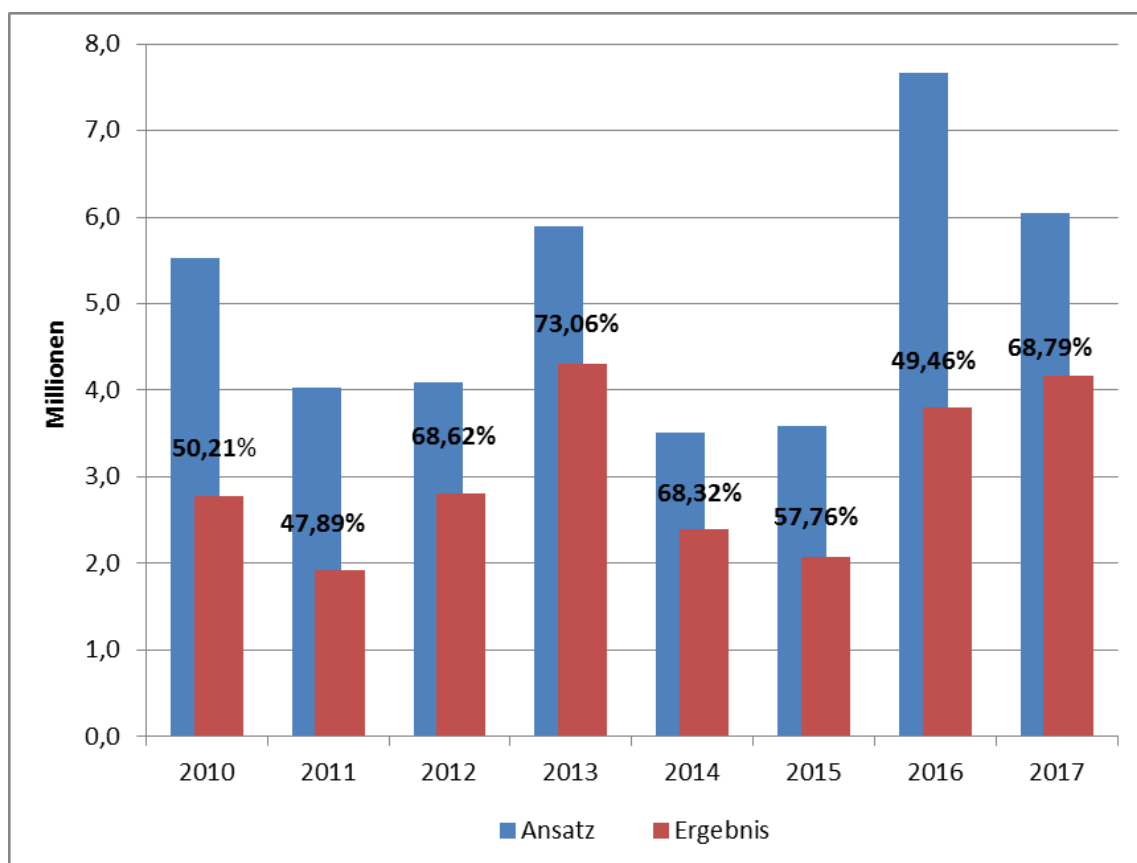
Die geplanten Investitionen in den Jahren 2018 - 2021 sind in folgenden Bereichen vorgesehen:

<u>Auszahlungen</u>	2018	2019	2020	2021
<u>Erwerb von Grundstücken u. Gebäuden</u>				
Grunderwerb Neubau Feuerwehrrgerätehaus	93.000 €			
Grunderwerb Ortskernsanierung II	200.000 €			
Grundstückserwerb allgemein	30.000 €	30.000 €	30.000 €	30.000 €
<u>Hochbaumaßnahmen</u>				
Um- bzw. Neubau Feuerwehrhaus (Planungsrate)	100.000 €	1.500.000 €	1.300.000 €	
Neubau Kindergarten Weierweg	4.800.000 €	500.000 €		
Ortskernsanierung II (Planung, Ordnungs- u. Baumaßnahmen)	140.000 €	540.000 €	400.000 €	400.000 €
Mensa Maria-Gress-Schule		500.000 €		
Sanierung Kindergarten St. Martin	200.000 €	500.000 €		
<u>Tiefbaumaßnahmen</u>				
Umsetzung Maßnahmen (Rest) aus wasserrechtlicher Erlaubnis (Steuerung)	215.000 €			
Bäume Gute Morgenmatt	165.000 €			
Sanierung Weierweg	600.000 €			
Bepflanzung Landschaftspark	400.000 €			
Breitbandausbau (Back-Bone-Planung)	200.000 €			
Verbindungsweg Oertbühl-Rheinstraße	40.000 €			
Ausbau Geggenauweg (2. BA)				530.000 €
Friedrichsstraße (Ausbau und Kanalausbau)		622.000 €		
Maßnahmen aus der Eigenkontrollverordnung		500.000 €	500.000 €	500.000 €
<u>Sonstige Baumaßnahmen</u>				
Spielplätze allgemeine Investitionen	10.000 €	10.000 €	10.000 €	10.000 €
Ersatzaufforstungsmaßnahmen	58.000 €			
Überplanung Friedhof	10.000 €			

<u>Erwerb von Vermögensgegenständen</u>				
Beschaffungen Abwasser allg.	5.000 €	5.000 €	5.000 €	5.000 €
Beschaffungen Feuerwehr	252.000 €	5.000 €	5.000 €	5.000 €
Beschaffungen Bauhof	75.000 €	10.000 €	10.000 €	10.000 €
Beschaffungen Friedhof	5.000 €	5.000 €	5.000 €	5.000 €
Beschaffungen Grundschule	1.000 €	1.000 €	1.000 €	1.000 €
Beschaffungen Haupt- und Realschule	3.500 €	3.500 €	3.500 €	3.500 €
Erwerb sonstigen Vermögensgegenständen	18.500 €	8.500 €	8.500 €	8.500 €
Investitionsfördermaßnahmen	20.000 €	20.000 €	20.000 €	20.000 €
Kredittilgung			125.000 €	240.000 €
Summe	7.641.000 €	4.760.000 €	2.423.000 €	1.768.000 €

Aus der Tabelle ist ersichtlich, dass im gesamten Finanzplanungszeitraum bis 2021 ein gewaltiges Investitionsvolumen von über 16,2 Mio. € zu stemmen ist (ohne Berücksichtigung von Kredittilgungen). Noch nicht veranschlagt ist hierbei ein möglicher Erwerb der Bénazet-Tribüne.

Auch in 2018 wird ein Teil der Investitionen aus dem Jahr 2017 übernommen und neu veranschlagt, da sie im Vorjahr zumindest nicht vollständig durchgeführt worden sind. Diese verschobenen Maßnahmen blähen den Investitionshaushalt natürlich zusätzlich auf. Folgendes Schaubild verdeutlicht das Verhältnis der eingeplanten Investitionsausgaben zum tatsächlichen Jahresergebnis in den vergangenen Jahren:



In 2018 sind Maßnahmen von insgesamt 7,64 Mio. € geplant. Davon entfallen allein 4,8 Mio. € (63 %) auf den Neubau des Kindergartens im Weierweg. Weitere 500 T€ sind dafür im Jahr 2019 vorgesehen. Das Großprojekt mit Gesamtkosten von 5,3 Mio. € stellt die Gemeinde damit vor eine große finanzielle Herausforderung. So muss für das Bauvorhaben, für welches ein Zuschuss vom Land Baden-Württemberg i.H.v. 755 T€ zu erwarten ist, ein Kredit von insgesamt 3 Mio. € aufgenommen werden (2,5 Mio. € davon in 2018). Außerdem werden die jährlichen Folgekosten wie Abschreibungen, Finanzierungskosten, Unterhaltungs- und Betriebsausgaben den Ergebnishaushalt ab 2019 zusätzlich belasten.

Weitere Großprojekte sind die Sanierung des Weierwegs mit 600 T€, die Bepflanzung des Landschaftsparks im Neubaugebiet mit 400 T€, sowie die Umsetzung der restlichen Maßnahmen aus der wasserrechtlichen Erlaubnis für die Kläranlage im Abwasserbereich mit 215 T€

Auch in den Folgejahren 2019 und 2020 wird der gemeindliche Haushalt durch umfangreiche Investitionsmaßnahmen belastet. Neben der bereits angesprochenen Restauszahlung für den Kindergartenneubau i.H.v. 500 T€ wird vor allem der Bau des neuen Feuerwehrgerätehauses mit Gesamtkosten von 2,8 Mio. € eingeplant (1,5 Mio. € in 2019 und 1,3 Mio. € in 2020).

Für Grunderwerbskosten im Rahmen der Ortskernsanierung II sind 200 T€ vorgesehen. Für den Neubau des Feuerwehrgerätehauses sind noch restliche Grunderwerbskosten i.H.v. 93 T€ eingeplant. Der allgemeine Grundstückserwerb wird mit 30 T€ einkalkuliert.

Neben den bereits angesprochenen Großprojekten „Neubau des Kindergarten im Weierweg“ und „Neubau Feuerwehrgerätehaus“ sind 500 T€ für den Bau einer Mensa in der Maria-Gress-Schule in 2019 und 700 T€ für die Erweiterung des Kindergarten St. Martin in 2018 und 2019 vorgesehen. Für die Ortskernsanierung II stehen im Finanzplanungszeitraum insgesamt 1,48 Mio. € zur Verfügung.

Bei den Tiefbaumaßnahmen bilden die erforderlichen Investitionen im Abwasserbereich (Eigenkontrollverordnung) von insgesamt 1,5 Mio. € im Planungszeitraum 2019-2021 die Hauptausgabeposition. Für die Sanierung der Friedrichstraße mit Kanal sind 622 T€ in 2019 eingestellt. 165 T€ werden für Baumfällmaßnahmen im Baugebiet „Gute Morgenmatt“ erforderlich. Für den Breitbandausbau im Industriegebiet sind 200 T€ und für den Verbindungsweg zwischen Oertbühl- und Rheinstraße sind 40 T€ eingeplant. Der Ausbau des Geggenauwegs (II. Bauabschnitt) ist erst für 2021 vorgesehen.

An sonstigen Baumaßnahmen sind je 10 T€ für allgemeine Investitionen an den örtlichen Spielplätzen, sowie für eine Überplanung des Friedhofes vorgesehen. 58 T€ werden im

Bereich Forst für Aufforstungs- und Erschließungsmaßnahmen zur Verfügung gestellt. Diese Mittel wurden aus 2017 verschoben.

Die Ausgaben für den Erwerb von Vermögensgegenständen steigen gegenüber dem Vorjahr um 97 T€ auf 360 T€ an. Insbesondere bei der Feuerwehr und im Bauhof sind zahlreiche Beschaffungen erforderlich. Sie ergeben sich wie folgt:

<u>Feuerwehr:</u>		<u>Bauhof:</u>	
- Gerätewagen	225 T€	- Kommunaltraktor	45 T€
- Ausgehuniformen	<u>27 T€</u>	- Mähraupe	<u>30 T€</u>
	<u>252 T€</u>		<u>75 T€</u>

Weitere 33 T€ sind für die Beschaffung sonstiger Betriebs- und Geschäftsausstattung veranschlagt.

Für den in 2018 eingeplanten Kredit i.H.v. 2,5 Mio. € sind ab dem Jahr 2019 voraussichtlich Tilgungsleistungen von 125 T€ notwendig. Hierbei wurde von einem tilgungsfreien Anlaufjahr bei der Kreditaufnahme ausgegangen. Nach der derzeitigen Finanzplanung erhöhen sich diese bei den eingeplanten Kreditaufnahmen der Folgejahre auf 240 T€ in 2021.

Neben den hier aufgeführten Investitionsmaßnahmen soll mit der Erweiterung des Industriegebietes ein weiteres Großprojekt im Jahr 2018 umgesetzt werden. Die Finanzierung hierfür soll allerdings außerhalb des gemeindlichen Haushaltes über einen Finanzierungsvertrag mit der Landesbank Baden- Württemberg erfolgen, wie dies schon mit dem Neubaugebiet „Nördlich der Hauptstraße“ praktiziert wurde.

Einzahlungen

<u>Einzahlungen</u>	2018	2019	2020	2021
Investitionszuwendungen Bund	140.000 €			
Investitionszuwendungen private Unternehmen	190.500 €			
Investitionszuwendungen Land	855.000 €	300.000 €	300.000 €	100.000 €
Beiträge und ähnliche Entgelte	145.000 €	74.000 €	80.000 €	
Veräußerungserlöse Grundstücksverkauf	705.000 €	450.000 €		
Veräußerungs Feuerwehrhaus Karlstraße			805.000 €	
Kreditaufnahme	2.500.000 €	2.300.000 €		500.000 €
eigene Finanzierungsmittel	3.105.500 €	1.636.000 €	1.113.000 €	928.000 €
Summe	7.641.000 €	4.760.000 €	2.298.000 €	1.528.000 €

Ihre Investitionen konnte die Gemeinde in den vergangenen Jahren immer vollständig aus Eigenmitteln und ohne Kreditaufnahme finanzieren, trotz enormer jährlicher Investitionsausgaben von 1,9 bis 4,3 Mio. €. Bei einer Kommune mit etwas mehr als 5.000 Einwohn-

nen ist dies keine Selbstverständlichkeit. Dies ist natürlich auf die starke Finanzkraft der Gemeinde zurückzuführen. Aber auch die seit Jahren gängige Praxis eine Vielzahl von Investitionsmaßnahmen in den Haushalt einzuplanen, deren Umsetzung bis zum Jahresende jeweils nicht realisiert werden konnten, führt dazu, dass eingeplante Kreditaufnahmen nicht benötigt und auf Folgejahre verschoben werden.

Auch im Jahr 2018 hat die Gemeinde wieder ein enormes Investitionsvolumen von 7,6 Mio. € zu stemmen (Vorjahr 6,0 Mio. €) wofür auch in diesem Jahr wieder stattliche 3,1 Mio. € an eigenen Finanzierungsmitteln zur Verfügung stehen (40,64 % der Gesamtfinanzierungsmittel). Die liquiden Mittel der Gemeinde sind zum Jahresende damit aller Voraussicht nach so gut wie aufgebraucht.

Darüber hinaus kann in 2018 mit Zuschüssen des Landes i. H.v. 855 T€ gerechnet werden. Davon sind 755 T€ an Zuschüssen für den Kindergartenneubau im Weierweg eingeplant. Weitere 100 T€ sind im Rahmen der Ortskernsanierung zu erwarten.

An Bundeszuschüssen kann die Gemeinde mit 140 T€ für den Breitbandausbau im Industriegebiet rechnen.

191 T€ stehen der Gemeinde an Zuweisungen von privaten Unternehmen als Entschädigung für erforderliche Aufforstungsmaßnahmen im Zuge von Kiesseeerweiterungen zur Verfügung.

Außerdem stehen der Gemeinde weitere 705 T€ an Grundstücksverkaufserlöse aus dem Neubaugebiet „Nördlich der Hauptstraße“ zur Verfügung. In 2018 sollen fünf Grundstücke verkauft werden (Verschiebung aus dem Jahr 2017). In 2019 sollen dann die restlichen Grundstücke verkauft werden. Ab dem Jahr 2020 fällt diese wichtige Einnahmequelle vollständig weg, da keine weiteren Grundstücke zum Verkauf anstehen. Die Gemeinde wird dann ihre Investitionsvorhaben vermehrt über Kreditaufnahmen finanzieren müssen.

145 T€ sind anteilig an Abwasser- und Erschließungsbeiträgen aus diesen Grundstücksverkäufen zu erwarten.

Diese Finanzierungsmittel reichen jedoch nicht aus, um die Investitionsausgaben i.H.v. 7,6 Mio. € zu decken, weshalb eine Kreditaufnahme von 2,5 Mio. € eingeplant werden muss (32,72 % der Finanzierungsmittel).

Schlussbetrachtung

Die nach wie vor günstige gesamtwirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik und ein damit einhergehender hoher Beschäftigungsstand, steigende Löhne und Unternehmensgewinne lassen auch die Einnahmen der Kommunen weiterhin ansteigen.

Umso erstaunlicher und besorgniserregend ist dabei, dass die Gemeinde Iffezheim trotz dieser durchaus außergewöhnlichen positiven Voraussetzungen nicht dazu in der Lage ist, ein überdurchschnittliches ordentliches Ergebnis zu erwirtschaften. Im Gegenteil, mittelfristig kann die Gemeinde im Finanzplanungszeitraum, trotz positiver Wirtschaftsprognosen und damit einhergehende stetig steigender Steuereinnahmen, kein positives Ergebnis in den Jahre 2020 und 2021 erzielen.

Der Grund hierfür liegt auf der Hand. Dem steigenden Ertragsaufkommen steht ein weit- aus stärkerer Anstieg der Aufwendungen gegenüber. Während die Erträge im Zeitraum von 2017 bis 2021 um 4,8 % auf 13 Mio. € ansteigen, erhöhen sich die Aufwendungen im gleichen Zeitraum um 16,2 % von 11,5 Mio. € auf 13,3 Mio. € viel dynamischer.

Das Problem einer ungebremst ansteigenden Entwicklung der Aufwendungen nach oben hat aber nicht nur die Gemeinde Iffezheim. Bundesweit haben die Kommunen mit immer höheren Ausgaben zu kämpfen. Die finanzielle Beteiligung von Bund und Land an übertragenen Aufgaben wie Kinderbetreuung, Bildung, Integration oder Breitbandausbau wird nur langsam besser, die Kommunen müssen noch viel stärker finanziell unterstützt werden. Weiter steigende Ausgaben werden durch die wichtigen Zukunftsausgaben Kinderbetreuung, Integration von Flüchtlingen aber auch im Bereich der Digitalisierung erforderlich werden.

Gerade in solch konjunkturell guten Zeiten müssen die Kommunen deshalb noch viel mehr an den steuerlichen Mehreinnahmen von Bund und Land beteiligt werden, insbesondere im Bereich der ihnen übertragenen Aufgaben. Dieses fordert das Konnexitätsprinzip (die Ausgabenlast folgt der Aufgabenlast).

Auch das enorme Investitionsprogramm in Höhe von 7,6 Mio. € wird die Gemeindekasse durch die daraus entstehenden Folgekosten wie Abschreibungen, Unterhaltungs- und Betriebsaufwendungen sowie Finanzierungskosten belasten. Bis Ende 2021 hat die Gemeinde Investitionen von insgesamt 16,2 Mio. € Nicht berücksichtigt ist hierbei ein möglicher Erwerb der Bénazet-Tribüne. Ein derart enormes Investitionsvolumen ist für Iffezheim ohne Fremdkapital nicht zu stemmen. Für die eingeplanten Investitionen sind deshalb Kreditmittel von insgesamt 5,3 Mio. € vorgesehen. Diese Kreditaufnahmen werden den Ertrags-

haushalt mit zusätzlichen Zinsaufwendungen und den Investitionshaushalt mit zusätzlichen Tilgungsleistungen i.H.v. 365 T€ belasten.

An dieser Stelle muss jedoch auch erwähnt werden, dass die Kommune ihre bisherigen Investitionen ohne Fremdkredite finanzieren konnte und zu Beginn des Jahres 2018 weiterhin schuldenfrei ist. Dies ist insbesondere den hohen Grundstücksverkaufserlösen geschuldet, welche in den vergangenen Jahren im Neubaugebiet „Nördlich der Hauptstraße“ generiert werden konnten. Seit Erschließung des Baugebietes konnten so über 13 Mio. € an Einnahmen generiert werden. Ab dem Jahr 2020 entfallen diese wichtigen Einnahmen für die Gemeinde da keine weiteren Grundstücke zum Verkauf anstehen. Langfristig wird die Gemeinde ihre Investitionsvorhaben dann noch mehr über Fremdkredite finanzieren müssen.

Der Ergebnishaushalt sollte gerade bei derartig hohen Steuereinnahmen einen nennenswerten Zahlungsmittelüberschuss zur Finanzierung der Investitionsausgaben leisten. Dies ist in den kommenden Jahren nur bedingt der Fall. Aufgrund der guten positiven ordentlichen Ergebnisse der vergangenen Jahre steht der Gemeinde Iffezheim zwar eine Ergebnisrücklage von über 10 Mio. € zur Verfügung, welche für den Haushaltsausgleich künftiger Jahre verwendet werden kann, zahlungswirksam wäre das Ausschöpfen dieser Rücklagen aber nicht, d.h. die Gemeinde hat hierdurch keine zusätzlichen Finanzmittel zur Verfügung.

Umso wichtiger ist eine nachhaltige Stärkung des Ertragshaushaltes durch Steuer- und Gebührenerhöhungen sowie eine Optimierung der Aufwandsseite durch Ausschöpfen von Einsparpotentialen. Dies wären geeignete Maßnahmen um einen eventuellen Rückgang der Steuereinnahmen auszugleichen und die finanzielle Leistungsfähigkeit der Kommune auch künftig zu gewährleisten. Steuer- und Gebührenerhöhungen wären vor dem Hintergrund, dass die Gemeinde Iffezheim in der Vergangenheit und auch zukünftig enorm in die kommunale Infrastruktur investiert hat und investieren wird, auch gerechtfertigt. Die Infrastruktur der Gemeinde befindet sich dadurch in den Bereichen Bildung, Erziehung, Verkehr und Ver- und Entsorgung in einem sehr guten Zustand. Ein Instandhaltungsrückstau, wie er in vielen Kommunen besteht, ist in Iffezheim nicht vorhanden.

Die Gemeinde sollte rechtzeitig auf die prognostizierte Entwicklung reagieren. Klar ist, dass die Aufwendungen auch künftig ansteigen werden. Ungewiss ist aber ob die positiven Wirtschaftsprognosen in den kommenden Jahren tatsächlich so eintreten. Der konjunkturelle Aufschwung wird nicht dauerhaft in dieser Form weitergehen. Nicht absehbar ist auch, wie sich die angesprochene finanziellen Beteiligung von Bund und Land in Zukunft darstellen wird.

Zum Eigenbetrieb

Der Erfolgsplan ist entsprechend der zum Jahresabschluss aufzustellenden Gewinn- und Verlustrechnung gegliedert und weist bei Erträgen i.H.v. 445.187 € und Aufwendungen i.H.v. 802.962 € einen Jahresverlust in Höhe von -357.775 € aus.

An Umsatzerlösen können insgesamt 332 T€ eingeplant werden. Sie beinhalten vor allen Dingen die Wassergebühren mit 300 T€ welche um 20 T€ höher ausfallen als im Vorjahr, da die Wassergebührenkalkulation eine Anhebung des Gebührensatzes um 0,13 € vorsieht. Weitere 113 T€ werden an sonstigen betrieblichen Erträge veranschlagt. Hier sind Erlöse aus Vermietung und Verpachtung der Festhalle, der Freilufthalle und der Sporthalle bei der Maria-Gress-Schule beinhaltet.

Die Erträge können gegenüber dem Vorjahr um 27 T€ erhöht werden.

Gleichzeitig fallen aber auch die Aufwendungen im Ergebnishaushalt um mehr als 85 T€ höher aus als im Vorjahr. Insbesondere aufgrund einer eingeplanten PFC-Notkonzept-Erstellung und zusätzlich erforderlichen Grundwassermessungen i.H.v. von geschätzten 70 T€

Größere Investitionsmaßnahmen werden in 2018 nicht eingeplant.

Aufgrund weiterer Bauplatzverkäufe im Neubaugebietes „Nördlich der Hauptstraße“ sind Wasserversorgungsbeiträge in Höhe von 9 T€ zu erwarten.

Durch den abermals hohen Verlust i.H.v. -358 T€ kommt der Eigenbetrieb wie in den Vorjahren auch 2018 an seine finanziellen Grenzen. Der entstehende Verlust ist von der Gemeinde auszugleichen und wird im Haushaltplan der Gemeinde veranschlagt werden.

Hier wäre die Erwirtschaftung eines Gewinnes bei der Wasserversorgung sicherlich hilfreich. Derzeit könnte ein Gewinn noch mit hohen Verlustvorträgen der Vorjahre verrechnet werden und würde zu keiner steuerlichen Belastung führen.

Iffezheim, 27.11.2017